



HESSISCHER LANDTAG

05. 02. 2025

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Starke Demokratie braucht starke Demokratinnen und Demokraten — Hessen tritt Fake-News, Extremismus und Intoleranz entschlossen entgegen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag unterstreicht in aller Deutlichkeit die Bedeutung von Meinungspluralität, Toleranz und den starken Werten der Landes- und Bundesverfassung für unseren demokratischen Rechtsstaat. Demokratischer Wettstreit setzt nicht nur politische Unterschiede, sondern insbesondere auch die Einhaltung hergebrachter parlamentarischer Gepflogenheiten und Kompromissfindung voraus. Dort jedoch, wo der Rahmen, den die Verfassung gewährt, verlassen wird, muss dem entschlossen mit präventiven und repressiven Mitteln entgegengetreten werden. Hass, Hetze und Extremismus aller Art sind inakzeptabel und müssen mit allen Handlungsmöglichkeiten des Rechtsstaates beantwortet werden.
2. Der Landtag betrachtet die zunehmende Verrohung politischer und gesellschaftlicher Debatten mit Sorge. Engagement für die Gesellschaft gebührt ganz grundsätzlich Respekt und Anerkennung. Gewalt und unzulässige Einflussnahme hierauf dürfen nicht toleriert werden, denn verbale und tätliche Angriffe auf Wahlhelferinnen, Wahlhelfer, politisch Engagierte, Parteien und Amtsträgerinnen sowie Amtsträger sind Angriffe auf die Demokratie und unsere Gesellschaft als Ganzes. In einem demokratischen Staat gibt es keine Rechtfertigung für den Einsatz von Straftaten als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Der Landtag betont daher die Wichtigkeit eines starken Rechtsstaates, dessen Maßnahmen sich politisch neutral sowohl gegen Ausschreitungen gegen politisch aktive Menschen als auch gegen unzulässigen Rechtsmissbrauch durch Extremisten richten.
3. Der Landtag hebt die erfolgreiche Arbeit der Meldestelle HessenGegenHetze hervor. Hier erhalten Betroffene, Zeuginnen und Zeugen von Hass und Hetze nicht nur ein niederschwelliges Angebot, um hasserfüllte, möglicherweise strafbare oder extremistische Inhalte zu melden und zur Anzeige zu bringen, sondern auch durch die Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner „HateAid“ kompetente Beratung und Unterstützung. Seit ihrer Einrichtung stufte die Meldestelle 58 Prozent der insgesamt rund 75.000 eingegangenen Meldungen als Hate-Speech ein. Rund 50 Prozent dieser Fälle wurden an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) oder an die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) weitergeleitet. Besonders häufig betrafen die Meldungen Straftatbestände wie Beleidigung von Politikerinnen und Politikern, Volksverhetzung und allgemeine Beleidigungen.
4. Der Landtag stellt fest, dass gezielte Desinformationskampagnen von Extremisten und auch ausländischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gerade im Vorfeld von Wahlen reale Gefahren darstellen. Falschnachrichten, oft gestützt auf den Einsatz künstlicher Intelligenz oder Deepfakes und digitale Manipulationen verbreiten sich in sozialen Medien und Online-Plattformen schneller als je zuvor. Er begrüßt die umfassende Präventions- und Sensibilisierungsangebote des Landes und die damit einhergehende Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz. Der Landtag begrüßt zudem die Einrichtung einer temporären Sonderauswertungseinheit im Landesamt für Verfassungsschutz, wo Erkenntnisse aus den Bereichen Spionageabwehr und Extremismus im Zusammenhang mit der Bundestagswahl gebündelt und für zuständige Stellen in Hessen, aber auch für den bundesweiten Austausch aufbereitet werden.

5. Der Landtag erklärt seinen unermüdlichen Willen, jeglicher Form von Extremismus entschieden entgegenzutreten. Das Land bekämpft diese inakzeptablen Ideologien sowohl repressiv mit aller rechtsstaatlichen Härte durch die hessischen Sicherheitsbehörden, aber auch durch eine bewusste Schwerpunktsetzung in der Demokratieförderung und Extremismusprävention. Er begrüßt die Ankündigung, weiterhin die notwendigen finanziellen Mittel für Präventionsarbeit bereitzustellen und die etablierten Programme fortzuentwickeln. Auch die Landeszentrale für politische Bildung als zentrale Bildungs- und Koordinierungsstelle trägt mit dem grundlegenden Auftrag, die freiheitliche demokratische Grundordnung, das demokratische Bewusstsein und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, erheblich dazu bei, die gesellschaftliche Resilienz zu stärken. So wird die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie erhöht und dem Abdriften von Menschen in radikale Ideologien entgegengewirkt.
6. Der Landtag erkennt, dass die Förderung demokratischen Bewusstseins und die Stärkung gesamtgesellschaftlicher Resilienz alle Bereiche staatlichen Handelns umfassen. Er begrüßt daher die zahlreichen Maßnahmen des Landes, wie unter anderem die kommende Implementierung eines Demokratiefördergesetzes zur Stärkung politischer Bildung und Präventionsangebote. Hierzu zählt auch die politische Bildungsarbeit an Schulen durch Vertiefung demokratischer Kompetenzen und Wertevermittlung, damit alle Kinder und Jugendlichen zu überzeugten Demokratinnen und Demokraten heranwachsen können, insbesondere auch indem sie Demokratie selbst praktizieren. Die Vermittlung von Medienkompetenz durch die Aufnahme von Medienbildung als Kernaufgabe der Hessischen Medienanstalt zählt zu den weiteren Maßnahmen der Landesregierung, um Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern präventiv zu stärken und Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen. Der Landtag begrüßt außerdem den erfolgreichen Start des 2024 aufgelegten Sofortprogramms des Landes für mehr Forschung zum Demokratieerhalt mit Ausschreibungen in den Bereichen der wissenschaftlichen Grundlagenreflexion, empirischen Forschung und konkreten Projekten zur Demokratieförderung. In diesem Zusammenhang blickt er mit positiver Erwartung auf die im Rahmen des Programms stattfindende Konferenz „Demokratischer Zusammenhalt“ an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.
7. Der Landtag erachtet es als ebenso wichtig, dass die Enquetekommission „Demokratie und Teilhabe leben — Beteiligung junger Menschen stärken“ sich explizit mit dem Themenkomplex „Souverän im digitalen Raum“ beschäftigt, da es gerade in den sozialen Netzwerken häufig schwierig ist, seriöse Informationsquellen von manipulativen Inhalten zu unterscheiden. Die Enquetekommission soll untersuchen, inwiefern junge Menschen noch besser sensibilisiert und wie sie durch digitale Beteiligungsformate gefördert werden können

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Februar 2025

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert